



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 8. August 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

38. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 7. August 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss führte eine mündliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet, Drucksache 18/195**, durch. Die Ausschussmitglieder kamen überein, ihre Beratungen in ihrer Sitzung am 4. September 2013 fortzusetzen.

Der Ausschuss nahm im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen veröffentlichen, Drucksache 18/824**, einen Bericht von Finanzministerin Heinold entgegen. Er schloss seine Beratungen zu der Vorlage ab und empfahl dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrags in geänderter Fassung.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung über den Vollzug des **Jugendarrestes in Schleswig-Holstein, Drucksache 18/891**, wurde als weiteres Verfahren vereinbart, den Fraktionen bis zur Sitzung des Ausschusses am 2. Oktober 2013 Zeit zu geben, gegebenenfalls Änderungsanträge zu dem Gesetzentwurf zu formulieren, damit diese dann in die im Oktober auf den Weg zu bringende schriftliche Anhörung mit einbezogen werden können.

Der Innen- und Rechtsausschuss schloss sich dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses zur Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Änderung des Spielhallengesetzes, Drucksache 18/918**, an.

Nach einer kontroversen Diskussion über das Verfahren zur Beratung des Antrags der Fraktion der PIRATEN, **Offenlegung von „Gesetzgebungs-Outsourcing“, Drucksache 18/897**, bekam in alternativer Abstimmung der Verfahrensantrag, die Vorlage zunächst an die Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer mit der Bitte um Beratung zu überweisen die Mehrheit der Stimmen gegenüber dem Antrag, eine abschließende Beratung bis zur August-Tagung des Landtags anzustreben.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung des Gefahrhundegesetzes, [Drucksache 18/925](#), schloss sich der Innen- und Rechtsausschuss dem Verfahren des federführenden Umwelt- und Agrarausschuss es an.

Den Bericht der Landesregierung zur **Kommunalen Integration - Stand der kommunalen Integrationsarbeit in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein** -, [Drucksache 18/888](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Der Ausschuss beriet über den Antrag der Abg. Nicolaisen, Selbstbefassung des Innen- und Rechtsausschusses zum Thema „**Eliteschule des Sports**“, [Umdruck 18/1495](#). Die CDU-Fraktion kündigte in diesem Zusammenhang die Vorlage eines weiteren Antrags an.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- a) **Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsätzgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/885](#)
 - b) **Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung**
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/898](#)
 - c) **Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drucksache 18/821](#)
Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/874](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung des Wahlrechts behinderter Menschen**
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/607](#)

Schluss: 16:25 Uhr

gez. Dörte Schönfelder